

d) sozialwissenschaftliche Inhalte einbauen

Das Studium diene einer gesellschaftlichen Praxis, wobei aber verschiedene Interessengruppen unterschiedliche Schwerpunkte setzten.

Profes

----

Studenten

Ordinarien      Forschung

berufsqualifizierende Ausbildung

Als Hemmschuh der Studienreform an den Hochschulen wirkten sich die jetzigen Kapazitätsverordnungen aus, wie auch die sozialen Zwangsm. (BaföG).

Für Gerd Köhler ist eine Offenheit im Studienverhalten illusionär: ohne jegliche Restriktion geht kein Studium. Ein langes Studium bedeute verdeckte Arbeitslosigkeit.

Von stud. Seite wurde daraufhin gefragt, was für Studenten studierbar sei und was Studierbarkeit überhaupt bedeute.

(Die folgenden Diskussionsbeiträge waren nicht protokollierbar, da eine turbulente Diskussion begann, in der sich vor allem die Studenten angegriffen fühlten).

Köhler: 3 Gruppen im Bündnis zur Studienreform:

- Restauratoren
- Technokraten (Modernisierer)
- Reformer - Sozialreformer.

Für uns als Studenten ist unter den charakterisierten Bedingungen eine Mitarbeit an einer inhaltlichen Studienreform nicht möglich: erst die Abschaffung und Veränderung des institutionellen und gesetzlich engen Rahmens macht eine Studienreform für Studenten möglich.

Zur Zeit herrsche 'Friedhofsruhe' in Sachen inhaltliche Studienreform an den Universitäten. Profes an den Hochschulen nehmen das gesetzliche Instrumentarium der Repression gerne in Anspruch, was die Motivation der stud. Vertreter und der Studenten nicht gerade erhöhe, an Studieninhalten mitzudiskutieren.

Vorschläge zum weiteren Vorgehen

1. als Vorschlag wurde vom Vertreter der hess. SPD formuliert einige Vertreter der LAK und des kulturpol. Ausschusses der SOD und GEW sollten gemeinsam einen Gesetzentwurf für die Novellierung des HHR ausarbeiten.
2. und gemeinsames Seminar der LAK mit der GEW (vorauss. im Mai)
3. Stellungnahme der LAK in Sachen HRG Novellierung an den Bundesrat.

Teilnehmer der Diskussion um die Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeiten einer Studienreform und der Abschaffung der Zwangsexm. waren Carsten Voigt (SPD), Gerd Köhler (GEW), Uthoff (FH-Frankfurt), *Wolfram Heyn (SPD)*.

Als Einschätzung kann man die Diskussion als ein erneutes Beispiel dafür bezeichnen, daß die Politiker, wie die gewerkschaftlichen Funktionäre nicht wissen, was Realität an deutschen bzw. hess. Hochschulen ist.

#### Punkt Prüfungsfristen

C. Voigt ging, nachdem er von 'kompetenteren' Leuten auf Bundesebene informiert wurde/davon aus, daß die 'Soll-Vorschrift' für die Einhaltung der Prüfungsfristen kein eingeschränktes 'muß' darstelle, da dies dem HRG, und den darin festgehaltenen Regelungen widersprechen würde: "Auch nach der Oberschreitung kann, so seine Formulierung, "sich der Student zur Prüfung melden."

K.H. Funck bemerkte dazu, daß die Formulierung eines 'Solls', im heutigen Repressionsalltag, ein eingeschränktes 'muß' darstellt und von dieser Einschätzung seien die Studenten auch nicht bereit abzugehen, solange keine amtliche Dementierung in dieser Hinsicht erfolge. Zudem spreche die juristische Ordnung des 'Solls' als eingeschränktes 'muß' gegen eine solche Einschätzung.

Die in HRG, NHRG und in Prüfungsordnungen getroffene Formulierung des 'solls' seien so getroffen, daß die Problematik zu einem individuellen Versagen gemacht würden (z.B. Nichtbestehen der Prüfung).

Es war den Politikern nur sehr schwer - wenn überhaupt - klarzumachen, daß die Studierenden die Prüfungsmeldefristen nicht als eine lapidare Formulierung im HRG betrachten, sondern dies als bewußtes Reglementierungsinstrument be greifen.

#### Punkt Studienreform/Zwangsexmatrikulation

Für Carsten Voigt geht mit der Streichung der Zwangsexm. im HRG nicht die Streichung der Studienreform einher. Der Druck auf den Hochschulen wird weiterbestehen.

J. Uthoff schränkte die Möglichkeit der Abschaffung der Zwangsexm. skeptischer ein:

1. seien die Länder nicht gezwungen, eine Anpassung der Landeshochschulgesetze an das HRG vorzunehmen (siehe Bayern)
2. am Beispiel der ABDs werde deutlich, daß die Reaktion, personifiziert in den Rektoren der Universitäten (WRK), sich nicht an die Beschlüsse des Bundes und der Länder <sup>würde</sup> würde. Zum Thema Studienreform bemerkte Uthoff, daß die Studienreform dann zu einem sinnvollen Instrument erwachsen könne, wenn man den stud. Vertretern in den Universitären Gremien die Mehrheit gäbe.

Gerd Köhler war dem gegenüber voll überzeugt, daß sich in Sachen HRG-Novellierung "etwas bewegt habe" und zwar zu einem Zeitpunkt, als dies niemand mehr für möglich gehalten habe. Er übte Kritik an den studentischen Vertretern in den Fachbereichsgremien, die, nach seiner Ansicht, kein Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung über Studieninhalte und deren Festschreibung in Studienordnungen hätten.

Gerd Köhler charakterisierte die Haltung von Bund und Ländern zur Zwangsexm. und Studienreform so ein, daß diese davon überzeugt seien, mit der Streichung der Zwangsexm. könne die Studienreform nun beginnen. Für die Studenten beginne nun die Aufgabe, dies auch durchzuziehen, wobei die Schwerpunkte der Arbeit in den Fachbereichen liegen müsse und zwar unter folgenden Gesichtspunkten:

- a) inhaltliche Debatte über Studienordnungen
- b) das Thema "Entrümpelung" müsse nun endlich vom Tisch
- c) Orientierungseinheiten